Nr. 306
A 156
Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 1. Juli 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3653, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Caillaux schweigt sich aus

Das erste Auftreten hat enttäuscht

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Ist **Paris**, 30. Juni

Der erste Kontakt zwischen dem Kabinett und dem Parlament war für beide Teile eine bittere Enttäuschung. Die Kammer hatte, wenn auch nicht bereits ein fertiges, in den Details festgelegtes Finanzprogramm, so doch zum mindesten präzise Anhaltspunkte für das, was Caillaux zu tun beabsichtigt, erwartet. Statt dessen wurde sie wieder einmal mit billigen Redensarten über den Ernst der Situation, über die Dringlichkeit einer raschen Liquidation der schwebenden Schuld und die Absicht der Regierung, so rasch wie möglich die Stabilisierung der Währung in Angriff zu nehmen, abgespeist. Auf welchem Wege das neue Kabinett die Lösung aller dieser Probleme suchen will, darüber ist man heute, genau wie gestern und vorgestern, auf Vermutungen und Kombinationen angewiesen.

Briand und Caillaux haben für die Bekanntgabe ihrer Pläne eine neue Frist von acht Tagen verlangt. Sie haben das u. a. damit begründet, daß sie zur Fertigstellung ihrer Projekte den Bericht des Sachverständigen-Komitees abzuwarten genötigt seien. Als ob Caillaux nicht längst Bescheid wüßte, was dieser an konkreten Vorschlägen enthalten wird. Das Zutreffendste, was sich unter diesen Umständen über die gestrige Regierungserklärung sagen läßt, hat heute morgen im „Echo de Paris" gestanden: man habe ehrliche Münze erwartet und wiederum nur Papiergeld erhalten.

Für das Kabinett war die Enttäuschung nicht minder groß. Es hatte offenbar geglaubt, daß der Name Caillaux für sich allein genügen würde, ihm eine imposante Mehrheit zu sichern. Statt dessen war die Aufnahme, die es gestern im Parlament und heute in der Presse gefunden hat, kühler und zurückhaltender als je bei einem seiner Vorgänger. Es hätte nicht viel gefehlt und die Mehrheit, die es für die verlangte Vertagung der Finanzdebatte erhalten hat, hätte sich in eine Minderheit verwandelt. Ums Haar wäre die Intervention des Abgeordneten Tardieu, der die Regierung zu der formellen Verpflichtung zwang, bis zum nächsten Dienstag nichts zu unternehmen, was den prinzipiellen Entscheidungen des Parlaments vorgreifen könne, dem neuen Kabinett gefährlich geworden.

Die Situation ist also nach wie vor im höchsten Grade konfus und voller Zündstoff. Mit der schärfsten Opposition wird die Regierung jedenfalls nicht nur in der Frage des Washingtoner Abkommens, sondern auch bei dem Versuch, neue Auslandskredite aufzunehmen, rechnen müssen. Ihre gestrige Erklärung, daß zunächst auch das Abkommen mit England unter Dach und Fach gebracht werden müsse, ehe Frankreich in der Lage sei, definitive Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern zu übernehmen, war offenbar auf Zeitgewinn berechnet, denn die Aufnahme, die der von Caillaux lancierte Versuchsballon einer Modifikation des Béranger-Abkommens in Amerika in den parlamentarischen Kreisen, in der Finanzwelt sowie in der Presse gefunden hat, kann der französischen Regierung keinerlei Illusionen darüber lassen, daß sie sich mit einem Versuch dieser Art einem sicheren Mißerfolg aussetzen würde.

Die gestern angekündigte Absicht, in Amerika neue Kredite nachzusuchen, ist bereits in der Kammer auf unzweideutige Ablehnung gestoßen. Der Grund dafür liegt nicht nur in der starken Abneigung weitester Kreise, Frankreich durch neue Verpflichtungen an das Ausland in noch stärkere Abhängigkeit von den großen englischen und amerikanischen Banken zu bringen, sondern nicht minder in dem äußerst scharfen Mißtrauen, das die sich fortwährend widersprechenden und in geradezu grotesker Weise mit der Wahrheit umspringenden Erklärungen der zuständigen Stellen ausgelöst haben.

Caillaux' Versicherung, daß diese Kredite lediglich für die Stabilisierung der Währung in Aussicht genommen seien, stößt in informierten Kreisen auf starke Skepsis. Man glaubt vielmehr, daß es ihm zur Vermeidung einer neuen Inflation in erster Linie darum zu tun sei, im Auslande die Mittel zu beschaffen, die die Treforerie benötigt, um den fälligen Verbindlichkeiten der nächsten Wochen nachzukommen. Die gestern von offiziöser Seite verbreitete Mitteilung, daß der neue Gouverneur der Bank von Frankreich darüber bereits mit den Direktoren der Bank von England und der amerikanischen Bundes-Reserve-Bank in Besprechungen eingetreten sei, ist gestern abend von Caillaux wieder dementiert worden.

Andererseits läßt das Echo, das zu diesen Gerüchten aus Washington und New York kommt, der französischen Regierung keinen Zweifel, **daß die Hoffnung auf die Hilfe der amerikanischen Finanzwelt aussichtslos ist, solange nicht erstens das Washingtoner Abkommen ratifiziert ist und zweitens die amerikanischen Banken die Gewißheit haben, daß Frankreich mit der Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung endlich ernst machen wird.** Diese Gewißheit haben weder die gestrige Regierungserklärung noch Caillaux' bisherige Politik zu geben vermocht.

Die Austritts-Erklärungen

Von

Senator a. D. Dr. Stubmann-Hamburg,

Vorsitzendem des Revisionsausschusses der Deutschen Demokratischen Partei

Seit Jahren kann man in den Blättern der Rechtspresse, einschließlich derjenigen der Deutschen Volksparteien, immer dann, wenn größere politische Entscheidungen bevorstehen, stets erneuerte Mitteilungen lesen über die „Krisis" in der Deutschen Demokratischen Partei, über „Spaltungen", über den „Zusammenbruch" und ähnliche düstere Vorgänge. Anlaß hierzu bieten leider in der Regel Austrittserklärungen von bisherigen Mitgliedern der Partei, die von der gegnerischen Presse als prominente Mitglieder gewertet werden. Im Falle des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht trifft dies ja auch zu, zumal Dr. Schacht Vorstandsmitglied der Partei war, wenn er auch von dieser Eigenschaft selten Gebrauch gemacht hat. Andere Austrittserklärungen aber sind aus dem Bedürfnis der Agitation in ihrer Bedeutung oft stark übertrieben worden. Wenn man den geringschätzigen Bemerkungen der gegnerischen Presse glauben wollte, dann müßte schon längst innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei ein Zustand eingetreten sein, bei dem hervorragende Männer des Wirtschaftslebens und Vertreter anderer wichtiger Schichten der Partei nicht mehr angehören.

Daß dem nicht so ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Dennoch steht eines fest: in der öffentlichen Meinung muß nicht nur durch derartige Nachrichten, sondern auch durch Vorgänge, die ihnen zugrunde liegen, der Eindruck entstehen, daß starke Kräfte die Partei verlassen. Und daraus wieder ergibt sich fast naturnotwendig, daß die Werbekraft der Partei entsprechend geschädigt wird. Wir scheint daher eine offene Behandlung dieses Zustandes ein dringendes Erfordernis zu sein.

Die Austrittserklärungen sind jemeils in den schwierigsten Augenblicken vorgenommen worden, meist mit der Begründung, daß man mit dieser oder jener Stellungnahme des Parteivorstandes oder der Reichstagsfraktion nicht einverstanden sein könne. Waren es bislang meist sachliche Meinungsverschiedenheiten, so sind die neuesten Austritte auf taktische Differenzen zurückzuführen. Die austretenden Herren waren nicht einverstanden damit, daß der Parteivorstand bei seiner Stellungnahme zu der Frage der Entweignung allen in der Partei vorhandenen verschiedenen Auffassungen Rechnung trug und Neutralität übte.

Demgegenüber muß doch die Frage aufgeworfen werden, warum die Herren der Deutschen Demokratischen Partei angehört haben? Es ist selbstverständlich, daß sie mit ihrem seinerzeitigen Beitritt nicht die Erklärung verbinden wollten, daß sie mit allem und jedem, was irgendeine berufene Instanz der Partei in Zukunft tun werde, einverstanden sein würden. Auch war es nicht ihre Absicht, mit ihrem Beitritt die Bedingung zu verbinden, nur solange Mitglied zu bleiben, als der Parteivorstand ihren Auffassungen über die weitere politische Entwicklung zu entsprechen beschloß. Sondern beigetreten sind diese Herren der Partei, wenn ich nicht sehr irre, weil sie es mit uns für notwendig hielten, die deutsche politische Entwicklung auf dem Boden der Demokratie und mit dem offenen Bekenntnis zur neuen Staatsform der Republik in bessere Tage hineinzuführen. Würden die Herren diese politischen Auffassungen heute bei einer anderen Partei besser gewahrt finden, so könnte man innerhin begreifen, daß sie ihrer alten Partei den Rücken kehren. Tatsache ist aber, daß die Deutsche Demokratische Partei die einzige deutsche nichtsozialistische Partei ist, die das Bekenntnis zum neuen Staat und zur demokratischen Linie vorbehaltlos und konsistentlich befolgt.

Ich habe mich bei den letzten Austrittserklärungen immer gefragt, wohin diese Herren sich politisch wenden wollen. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat nachträglich offen erklärt, daß er Demokrat bleibe. Er scheidet also aus seiner bisherigen Partei aus, um keiner anderen Partei anzugehören. Er begibt sich damit auf jenen Boden, auf dem viele Angehörige unserer Oberschicht und unseres Mittelstandes glauben, der Anneigung gegen Beschäftigung mit politischen Problemen fröhnen zu können, auf den Boden der politisch Unorganisierten, die die Tradition fortsetzen, die in Deutschland vor dem Kriege das beherrschende Element des politischen Lebens war. Würde diese breite unpolitische Schicht, in der die meisten noch einen ganz schematischen Widerwillen gegen die Volksmassen hatten, vor dem Kriege nicht geradezu maßgebend gewesen sein, dann würde das Regiment von oben, das wir früher besaßen und das mit einer ganz dünnen Schicht die auswärtige Politik des Deutschen Reiches allmählich in den Abgrund geführt hat, überhaupt unmöglich gewesen sein. Diese Zustände grundlegend zu ändern, ist das Streben der Deutschen Demokratischen Partei und ihre Hauptaufgabe im neuen Staat. Wenn das alles richtig ist, darf man dann dieser Partei den Rücken kehren, wenn irgendein Beschluß der Partei der eigenen Auffassung nicht

Optimismus im Reichstag

Die zweite Lesung des Fürstengesetzes im Reichstagsplenum war gestern kurz noch fünf Uhr beendet. Sie brachte die Annahme sämtlicher rechtlichen 22 Paragraphen mit der schon im Rechtsausschuß geübten Abstimmungstaktik, die das Plenum gleich am ersten Verhandlungstag, vorgestern, adoptierte. Nach Ablehnung der verschiedenen deutschnationalen und sozialdemokratischen Änderungsanträge gegen die Stimmen der jeweiligen Antragsteller wurden die einzelnen Paragraphen immer wieder mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen die Stimmen mit den Stimmen der Kommunisten angenommen.

Im allgemeinen verlief die Sitzung ruhig, und nur einmal gab es größere Aufregung, als der kommunistische Abgeordnete Tiedt es für nötig fand, im Straßenversammlungston über den Reichspräsidenten zu reden, was ihm Ordnungsrufe einbrachte, von denen übrigens einzelne deutschnationale Abgeordnete, die mit denen übrigens einzelne deutschnationale Abgeordnete, die mit denen übrigens einzelne deutschnationale Abgeordnete, die mit